



AGENDA 2030 FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN

Musterresolution zur Agenda 2030

Orientierungsrahmen
für politische Beschlüsse
auf lokaler/kommunaler Ebene

gemeinsam erstellt
vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie und
dem Österreichischen Gemeindebund und dem
Österreichischen Städtebund

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Österreichischer
Gemeindebund

 Österreichischer
Städtebund

Die Stadt/die Gemeinde/

- begrüßt das von den Vereinten Nationen (VN) im September 2015 verabschiedete internationale Rahmenprogramm „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, kurz Agenda 2030, und die darin enthaltenen globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung, die „Sustainable Development Goals“ (SDG).
- begrüßt die Anerkennung von Städten und Gemeinden als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die Aufnahme eines eigenen kommunalen Nachhaltigkeitsziels (Ziel 11) in die Agenda 2030.
- erkennt die Bedeutung kommunaler Handlungsfelder und Gestaltungsmöglichkeiten für die Erreichung aller Ziele der Agenda 2030.
- unterstützt die in der Agenda 2030 enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Globalen Nordens und des Globalen Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt.
- unterstützt die in der Agenda 2030 beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit.
- wird ihre bisherigen Bemühungen und eigenen Maßnahmen nach innen und außen sichtbar machen und zeigen, dass auch viele kleine solidarisch gesetzte Schritte große Wirkungen haben können.
- wird dies in einem breiten Bündnis gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

Die Stadt/die Gemeinde/wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in einem Bündnis mit lokalen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern die Umsetzung der Agenda 2030 unterstützen.

Mit Beschluss vom Gemeinderat

angenommen.

Ort, Datum

Titel, Funktion Unterschrift

Informationen zu Maßnahmen, die Gemeinden und Städte hinsichtlich der Umsetzung der Agenda 2030 nutzen können:

I. Information und Bewusstseinsbildung

- Bestandsaufnahme von vorhandenen Themen/Maßnahmen der Gemeinde oder Stadt, die in besonderem Zusammenhang mit globalen Nachhaltigkeitsstrategien stehen.
- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Dritten mit dem Ziel, Informationen über die Agenda 2030 in der Bevölkerung zu verbreiten und das Bewusstsein für die damit angesprochenen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen.
- Darstellung und Einbringung in Diskussionen, wie anhand von Praxisbeispielen die globalen Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.
- die für ihr Gebiet tätigen Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, Bildungswerke und Verwaltungsakademien zu motivieren, Informationsangebote zur Agenda 2030 und den Zielen für nachhaltige Entwicklung anzubieten.
- Kooperationen mit Schulen als wesentliche Multiplikatoren in der Gemeinde anstreben und eingehen, um die Agenda 2030 unter Bezug auf das lokale Umfeld der SchülerInnen aktiv in der Gemeinde zu kommunizieren und damit das Wissen und Verständnis darüber in der breiteren Öffentlichkeit zu fördern.

II. Maßnahmen der Vernetzung und Interessenvertretung

- Bewusstseinsbildung für ein breites Bündnis bestehend aus lokalen Akteuren wie Vereinen, Initiativen, Schulen, Universitäten, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften und Kirchen, um die Agenda 2030 und die damit einhergehenden globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung breit zu verankern.
- Mitwirkung in regionalen/nationalen Nachhaltigkeitsnetzwerken.
- Aktive Beteiligung an kommunalrelevanten Vorhaben der Vereinten Nationen, um kommunale Selbstverwaltung weltweit zu stärken, kommunale Interessen weltweit zu bündeln und den Anliegen der Kommunen global Gehör zu verschaffen.

III. Übertragung der 2030-Agenda auf die kommunale Ebene

- Bestehende oder neue Maßnahmen oder Strategien der sozialen, ökologischen, ökonomischen oder politisch-kulturellen Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene werden mit einem oder mehreren der 17 Nachhaltigkeitsziele in Zusammenhang gebracht und regional, national und international sichtbar gemacht.
- Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankern.
- Agenda 2030 für Partizipationsprozesse und Zukunfts- oder Leitbildentwicklungen als wertvollen Maßstab nutzen.
- Sich dafür einsetzen, dass auch in weiteren kommunalen Handlungsfeldern wie zum Beispiel bei kommunalen Eigenbetrieben und der Kommunalwirtschaft, Schulen, oder bei der kommunalen Wohnraumversorgung Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt werden, für die die Agenda 2030 hilfreich sein und somit auch darin verankert werden kann.
- Erweiterung und Vertiefung des Städtepartnerschaftsnetzes und der Projektzusammenarbeit mit Kommunen aus Ländern des globalen Südens. Förderung der Strukturen der Selbstverwaltung und Unterstützung des kommunalen Wissenstransfers in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit (zum Beispiel SDG Nr. 17).